

«Die CVP-Wähler haben sich an die Spielregeln des Bündnisses gehalten»

An der Delegiertenversammlung der Freiburger CVP zeigte sich Präsident André Schoenenweid zufrieden mit den Resultaten der bürgerlichen Allianz bei den kantonalen Wahlen vom Herbst.

Mireille Rotzetter

FREIBURG Die Freiburger SVP hatte ihre Bündnispartner, die CVP und FDP, nach dem zweiten Wahlgang der Staatsratswahlen kritisiert: Diese hätten den SVP-Kandidaten Stéphane Peiry nicht geschlossen unterstützt, deshalb habe er den Einzug in die Regierung nicht geschafft (die FN berichteten).

An der Delegiertenversammlung der Freiburger CVP vom Donnerstagabend liess Kantonalpräsident André Schoenenweid diese Kritik nicht gelten: «Die CVP-Wähler haben sich an die Spielregeln des Bündnisses gehalten», sagte er. Die Analyse der Resultate habe gezeigt, dass im ersten Wahlgang CVP-Wähler ihre Listen teil-

weise panaschiert und auch Kandidaten der linken Parteien auf ihre Zettel geschrieben hatten. Im zweiten Wahlgang sei das kaum mehr der Fall gewesen. Er anerkenne, dass womöglich gewisse CVP-Wähler die linke Liste in die Urne gelegt hätten, aber wie viele lasse sich kaum messen.

André Schoenenweid betonte vielmehr, wie erfolgreich das bürgerliche Bündnis im ersten Wahlgang gewesen sei. «Aufgrund der Stärke der drei Mitte-rechts Parteien haben wir Anrecht auf fünf Sitze im Staatsrat. Das müssen wir den Wählern noch besser erklären», sagte er. So sprach Schoenenweid bereits von einer bürgerlichen Allianz für die nationalen Wahlen 2019 und die kantonalen Wahlen 2021.

Um für die Zukunft gerüstet zu sein, steht bei der Freiburger CVP jedoch als erstes eine Analyse der eigenen Resultate an: Bei den Grossratswahlen verlor die Partei vier Sitze. Am Parteikongress vom 10. Juni will die CVP ihre Positionen überdenken und Ideen sam-

eln für eine Aktion, um neue Parteimitglieder zu rekrutieren und die Politik zu beleben.

Dreimal Ja

Die Delegierten der Freiburger CVP haben am Donnerstag auch die Parolen für die Abstimmungen vom 12. Februar gefasst: Zu allen drei Vorlagen sagen sie mit grosser Mehrheit Ja. Nationalrätin Christine Bulliard warb für die erleichterte Einbürgerung für Ausländer der dritten Generation. In der ganzen Schweiz würden damit die gleichen Regeln gelten und es entstünde weniger Bürokratie. Grossrat Eric Collomb betonte, wie wichtig der Fonds für Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr sei. Die vielen Staus würden sich negativ auf die Wirtschaft auswirken, deshalb brauche es Projekte, damit der Verkehr wieder flüssiger laufe. Finanzdirektor Georges Godel schliesslich überzeugte seine Parteikollegen davon, dass die Unternehmenssteuerreform III für den Wirtschaftsstandort Schweiz absolut notwendig sei.